

BVG-Streiks drohen: Bus und Bahn in Berlin stehen vor Stillstand!

Aktuelle Entwicklungen zum drohenden Streik bei der BVG: Gewerkschaft Verdi fordert höhere Löhne, die Mobilität in Berlin ist gefährdet.



Berlin, Deutschland - Pendler, Schüler und andere Fahrgäste der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sollten sich auf mögliche erhebliche Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr einstellen. Die Gewerkschaft Verdi hat am Freitag ihre hohen Lohnforderungen bekräftigt und signalisiert, dass ab Mittwoch mit Arbeitskampfmaßnahmen zu rechnen ist.

Verhandlungsführer Jeremy Arndt warnt, dass die aktuelle Situation zu einem Stillstand bei Bus und Bahn führen könnte, wenn die Arbeitgeber keine tragfähigen Angebote vorlegen.

Die tariflichen Auseinandersetzungen beginnen mit der ersten Verhandlungsrunde am 15. Januar mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) Berlin. Janine Köhler, Mitglied der

Verdi-Tarifkommission, unterstreicht, dass es nun an den Arbeitgebern liege, ein faires Angebot zu unterbreiten. Andernfalls werden die Beschäftigten, die mit einem Forderungskatalog aufwarten, der die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in den Schatten stellt, nicht ruhig bleiben. Im Fokus stehen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 25 Prozent für die 16.600 Beschäftigten des BVG-Konzerns, mit einer sogar angestrebten Steigerung von rund 30 Prozent für das Fahr- und Werkstattpersonal. Dies würde die Personalkosten um etwa 250 Millionen Euro erhöhen, so Arndt.

Hintergrund der Forderungen

Die Streikandrohungen resultieren aus der unzufriedenen Lage der BVG-Beschäftigten, die darin sehen, dass ihre Gehälter und Arbeitsbedingungen nicht mehr tragbar sind. Laut Manuel von Stubenrauch, einem Straßenbahnfahrer und Mitglied der Verdi-Tarifkommission, spüren die Fahrerinnen und Fahrer direkt die Auswirkungen von Personalnotstand und Sparpolitik. Er fordert von den Arbeitgebern, die Realität ernster zu nehmen und ihren Angestellten angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten.

Die angespannten Arbeitsverhältnisse haben auch zu einer gestiegenen Fluktuation unter den Beschäftigten geführt, die mittlerweile bei zehn Prozent pro Jahr liegt, während ein Normalwert bei drei bis vier Prozent liege. Sollte es tatsächlich zu Arbeitsk Kampfmaßnahmen kommen, so möchten die Gewerkschafter, dass die Berliner Bürgerinnen und Bürger verstehen, dass für ihre Interessen gestreikt wird.

Politische Reaktionen und Auswirkungen

Die politischen Reaktionen auf die Verdi-Forderungen fallen gemischt aus. Matthias Kollatz von der SPD betont, dass Tarifverhandlungen primär eine Angelegenheit der Tarifparteien seien. Er räumt ein, dass es einen Rückstand bei den Gehältern im Vergleich zu anderen Bundesländern gibt, der dringend aufgeholt werden müsse. Tino Schopf von der SPD teilt mit, dass

die Verhandlungen mehr als überfällig seien und essenziell, um die BVG im bundesweiten Vergleich attraktiv zu machen.

Auch Antje Kapek von den Grünen sieht die Tarifverhandlungen als einen wichtigen Schritt an, um die BVG in eine bessere Position zu bringen. Sie weist darauf hin, dass die Bezahlung des Fahrpersonals im Vergleich zu anderen Ländern nicht konkurrenzfähig sei und fordert eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie eine generelle Unterstützung durch den Senat.

Vorbereitung auf mögliche Streiks

Im Falle von Streiks warnen die Verantwortlichen, dass Fahrgäste nur ein eingeschränktes Verkehrsangebot erwarten können. Da die BVG jährlich über eine Milliarde Passagiere zählt, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Verkehrsmittel zuverlässig fahren. Bei einem Streik würden die Busse, U- und Straßenbahnen größtenteils nicht im Einsatz sein, während S-Bahnen und Regionalzüge nach wie vor fahren würden, da sie anderen Unternehmen gehören.

Der Fahrgastverband IGEB unterstreicht die Notwendigkeit, Notfahrpläne zu entwickeln, um den Bürgern eine gewisse Mobilität zu gewährleisten, etwa für Arbeitswege oder Arztbesuche. Es ist zu erwarten, dass die Verhandlungen intensiv verlaufen, sodass die Berlinerinnen und Berliner sich auf eine herausfordernde Verkehrssituation einstellen müssen, sollten die Forderungen der Gewerkschaft nicht ernst genommen werden.

Details	
Vorfall	Streik
Ursache	Tarifverhandlungen
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.berliner-zeitung.de• www.berlin-live.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de